

Eidgenössische Abstimmung

# Neue Bildungsverfassung

Wir entscheiden am 21. Mai 2006 über die Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung.

Von Thomas Wallimann

## Sehen

Ausgehend von parlamentarischen Vorstössen seit Mitte der 90er Jahre, haben die Eidgenössischen Räte im Dezember 2005 den Bundesbeschluss über die «Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung» verabschiedet. Diese Verfassungsänderung bildet die unabdingbare Voraussetzung, einen einheitlichen Bildungsraum Schweiz zu schaffen. Sie verpflichtet denn auch die Kantone zur Koordination. Auch will sie die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen im gesamten Ausbildungsbereich von Primar- bis zur Hochschule erreichen. So sollen Schuleintrittsalter, Schuldauer, Ziele der bisher teilweise kantonal unterschiedlichen Bildungsstufen wie

auch die Anerkennung der Abschlüsse landesweit harmonisiert werden. Nur wenn sich die Kantone nicht einigen können, soll der Bund eingreifen und die notwendigen Vorschriften erlassen. Landesweit geregelt wird der Bereich der Weiterbildung. Und gemeinsame (teilweise neue) Organe sollen die Hochschulen steuern und auch im Bereich der Finanzierung Kompetenzen erhalten. Ein gegnerisches Komitee bezeichnet insbesondere die Kriterien der Durchlässigkeit und der Qualitätssicherung im vorgelegten Verfassungstext als zu schwammig und problematisch. Es weist auf die Gefahr hin, dass die Vorlage die Türe für die öffentliche Finanzierung von privaten Schulen

öffnet. Damit werde Bildung privatisiert und dem (neoliberalen) Markt-Denken unterworfen. Dies widerspreche demokratischer Mitbestimmung, dem Recht auf Bildung und der Chancengleichheit.



Bild: Gregor Gander-Thür, Schenkon

## Urteilen

In einem Land ohne Bodenschätze gehört Bildung zu den wichtigsten «Rohstoffen». Die Mobilität sowie internationale Abkommen machen Harmonisierungen nötig. Solche äussere Umstände sind wichtig; doch sie können für sich allein nicht zur ethischen Beurteilung genügen. Auch für Bildungsfragen gilt, dass im Zentrum der Mensch stehen muss. Angesichts verschärfter Spannungen durch Migration, eines veränderten Arbeitsmarktes und der Dominanz wirtschaftlichen Denkens, hat Bildungspolitik die Chancengleichheit zum Ziel, damit Ungleichheiten nicht zusätzlich verschärft werden. Das Subsidiaritätsprinzip verlangt, die Aufgaben auf der richtigen Ebene anzusiedeln. Dass hier dem Bund eine zentrale Funktion zukommt, ist angesichts der genannten Mobilität und der grossen Bedeutung von Bildung wichtig. Gleichwohl ermahnt das Gemeinwohlprinzip, die Unterschiede zwischen jenen, die sich «gute Bildung» leisten können, und jenen, die weniger finanzielle Mittel mitbringen, nicht zu gross werden zu lassen. Staatliche Massnahmen insbesondere im Hinblick auf eine «Vermarktlichung» der Bildungseinrichtungen sollen kritisch begleitet werden. Es darf nicht sein, dass sich nur noch höhere Ein-

kommen ganzheitliche und vertiefte Bildung leisten können – nur weil dies den Staat scheinbar billiger kommen könnte. Werden nämlich bereits auf den untersten Schulstufen bestimmte Gruppen benachteiligt, wird dies langfristig zu sozialen Problemen führen, weil ganze Gruppen gesellschaftlich ausgeschlossen werden.

Informationen zu den Abstimmungen sind im Internet erhältlich unter:  
<http://www.admin.ch/ch/d/ff/2005/7273.pdf>: Die Vorlage im Wortlaut.  
<http://www.parlament.ch/> - dann Link: Abstimmungsdaten.  
<http://www.21mai.ch/?lang=de>: Web-Seite des gegnerischen Komitees



## Handeln

Abzuwägen gilt, ob die Vorlage möglichen Benachteiligungen einkommens- und sprachschwacher Bevölkerungskreisen entgegenwirken kann – oder ob eine verstärkte Vermarktlichung der Bildungslandschaft gefördert und damit Unterschiede zwischen arm und reich vergrössert werden. Je mehr jemand eine verschärfte Benachteiligung ärmerer Kreise sieht und sich

christlich der vorrangigen Option für die Armen verpflichtet fühlt, desto weniger kann er oder sie der Vorlage zustimmen. Entscheidend wird sein, auch bei einer Annahme der Vorlage die Bildungslandschaft kritisch zu begleiten, damit die Chancen zu einer guten Ausbildung für wirklich alle gewährleistet bleiben.

Informationen zu den Abstimmungen sind im Internet erhältlich unter:  
<http://www.admin.ch/ch/d/ff/2005/7273.pdf>: Die Vorlage im Wortlaut.  
<http://www.parlament.ch/> - dann Link: Abstimmungsdaten.  
<http://www.21mai.ch/?lang=de>: Web-Seite des gegnerischen Komitees